

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte  
Bürgermeister

## Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 12.12.2024 Fortführung vom 11.12.2024
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:12 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine  
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche  
Sitzung



Dr. Frank Dreihaupt  
Vorsitzender



Birgit Wesemann  
Protokollführer

### Anwesend:

#### Vorsitzender

Herr Dr. Frank Dreihaupt

#### Bürgermeister

Herr Andreas Brohm

#### Mitglieder

Frau Edith Braun

Herr Markus Fettback

Herr Dr. Denis Gruber ab/im TOP 21

Herr Michael Grupe

Herr Jürgen Hanff

Herr Karsten Heinemann

Herr Carsten Hintze

Herr Werner Jacob

Herr Peter Jagolski

Herr Mario Merten

Herr Thomas Mildt

Herr Marco Radke

Herr Norman Rentner

Herr Jan Rungweber

Frau Alexandra Schleef

Frau Dr. Anita Schupet bis fast Ende TOP 22

Herr Mathias Sprunk

Herr Dennis Weiß

Herr Klaus Witaszak

Herr Lars Witaszak

Herr Alexander Wittwer

### Anwesend:

#### Ortsbürgermeister

Herr Carsten Falk

Herr Lukas Carsten Köppe

#### Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

### Abwesend:

#### Mitglieder

Frau Petra Fischer entschuldigt

Frau Carmen Kalkofen entschuldigt

Herr Wilko Maatz entschuldigt

Herr Tobias Mielke entschuldigt

Herr Björn Paucke entschuldigt

Herr Christoph Plötze entschuldigt

## Tagesordnung

zur Fortführung der öffentlichenn/nichtöffentlichenn Sitzung des Stadtrates der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte vom 11.12.2024 am Donnerstag, 12.12.2024, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

<b><u>Öffentliche Sitzung</u></b>	<b><u>DS-Nr.</u></b>
19. Antrag AfD-Fraktion - Rettung der Kindertageseinrichtung Demker	BV 0158/2024
20. Antrag WG Lüderitz, UWGSA, SPD, WG Altmark--Elbe, AFD, CDU/WG Zukunft	BV 0169/2024
21. Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 - 2033	BV 0151/2024
22. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025	BV 0152/2024
23. Änderung der Anlage des Hausverwaltervertrages mit der Städtischen Wohnungsgesellschaft mbH zum 01.01.2025	BV 0168/2024
24. Antrag der Fraktion CDU/WG Zukunft - Begründung eines Beamtenverhältnisses	BV 0171/2024
25. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	
<b><u>Nichtöffentliche Sitzung</u></b>	
26. Abstimmung über die Niederschriften der nicht öffentlichen Sitzungen des Stadtrates vom 06.11.2024 und vom 20.11.2024	
27. Informationen des Bürgermeisters	
28. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	
29. Personalangelegenheit	BV 0140/2024
<b><u>Öffentliche Sitzung</u></b>	
30. Wiederherstellung der Öffentlichkeit	
31. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse	
32. Schließung der Sitzung	

## Öffentlicher Teil

Bevor **Herr Dr. Dreihaupt** die Sitzung des SRes (Stadtrates) vom 11.12.2024 heute am 12.12.2024 fortführt, begrüßt er alle Anwesenden. Entschuldigt fehlen Frau Fischer, Frau Kalkofen, Herr Maatz, Herr Mielke, Herr Paucke und Herr Plötze. Herr Dr. Gruber wird etwas später an der Sitzung teilnehmen. Mit im Moment 22 anwesenden Stadträten ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

### **TOP 19: Antrag AfD-Fraktion - Rettung der Kindertageseinrichtung Demker**

#### **Vorlage: BV 0158/2024**

**Herr Merten**, Antragsteller, spricht sich für den Erhalt der Kindertagesstätte aus und schlägt vor, die Mittel aus der erhöhten Entschädigungszahlung für das Rettungskonzept zu verwenden.

**Herr Sprunk** kritisiert den Antrag, da zweckgebundene Mittel nicht zweckentfremdet werden dürfen und fordert eine Umformulierung des Antrages.

**Herr Fettback** betont, dass die Mittel für den Kindergarten vorhanden sind und es eher an dem Willen fehlt, diese zu nutzen. Er sieht den Antrag als löblich an, findet jedoch die Verknüpfung mit den nicht aufgewendeten Mitteln unpassend.

**Herr Jacob** weist darauf hin, dass die genannten HH-Positionen (HH=Haushalt) nicht existieren, da sie nicht beschlossen wurden. Er fordert, dass der BM (Bürgermeister) die Kita (Kindertagesstätte) wieder betriebsbereit machen soll, ohne dass zusätzliche Mittel benötigt werden.

**Frau Dr. Schupet** thematisiert das Fehlen von Kindern und Konzepten und hinterfragt die Visionen und Ideen von OR-Mitgliedern (OR=Ortschaftsrat). Sie spricht von einem Demografieloch und der Herausforderung, ausreichend Kinder für die Kitas zu finden.

**Herr Wittwer** betont, dass die finanziellen Mittel vorhanden sind und plädiert dafür, zuerst Konzepte zu diskutieren, bevor Kitas geschlossen werden.

**Frau Braun** kritisiert, dass der Antrag der AfD-Fraktion zu spät kam. Dieser hätte schon längst auf der Tagesordnung stehen müssen. Dann hätte man diesen aufgreifen können und daraus einen gemeinsamen Beschluss machen können. Die Ausschreibung der Stellen ist bereits schon erfolgt. Sie betont, dass die Finanzierung des Antrages nicht umsetzbar ist und schlägt vor, einen Termin für die Wiedereröffnung der Kita zu bestimmen.

**Herr Mildt**, Antragsteller, findet, die Kita Demker muss definitiv wieder geöffnet werden. Er präsentiert eine Vision, in der die Kita Demker als Kinderkrippe und die Kita Bellingen für Kinder ab 3 Jahren genutzt wird, um einen besseren Betreuungsschlüssel zu erreichen.

**Herr Fettback** betont die Notwendigkeit, die Kita umgehend wieder zu öffnen und schlägt den 15.01.2025 vor. Er kritisiert die Verwaltung, da sie den SR-Beschluss nicht umsetzt.

**Herr Jacob** fordert als Fraktionsvorsitzender die Umsetzung der SR-Beschlüsse und weist darauf hin, dass es nicht um Konzeptdiskussionen, sondern um die Wiederaufnahme des Betriebs der Kita Demker geht.

**Frau Schleef** spricht sich gegen die Öffnung der Kita Demker aus, da in der Umgebung freie Kita-Plätze vorhanden sind und die Wirtschaftlichkeit der Kita Demker in Frage gestellt wird.

**Herr Grupe**, Antragsteller, stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste* und Abstimmung

**Abstimmung Gesch.antrag: 21x Ja, 0x Nein, 1x Enthaltung** => zugestimmt

**Herr Dr. Dreihaupt** informiert, dass auf der Rednerliste noch Herr Merten, Herr Jagolski und Herr Mild stehen.

**Herr Merten**, Antragsteller, weist darauf hin, dass im Antrag „können“ nicht „müssen“ steht. Bei der Finanzierung handelt es sich um eine Kannbestimmung. Hier geht es um den Auftrag, die Kita Demker wieder zu öffnen und am Laufen zu erhalten. Einmal angenommen, die Kita Demker wird geschlossen. Dann ist evtl. in 5 Jahren die Kita Bellingen dran.

**Herr Jagolski** unterstützt den Antrag zur Öffnung der Kita, empfiehlt jedoch eine Anpassung des Datums.

**Herr Mildt** hat einen wichtigen Punkt vergessen, zu sagen. Die beiden Kindereinrichtungen sollen dann unter einer Gemeinschafts-Kita laufen, mit einer Leitung.

**Herr L. Witaszak**, Antragsteller, formuliert *den Änderungsantrag* der AfD-Fraktion.

*letzten Satz: streichen*

*dafür einsetzen: Die Kita möge zum 15.01.2025 öffnen.*

**Abstimmung Änderungsantrag: 18x Ja, 3x Nein, 1x Enthaltung** => zugestimmt

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung der BV 0158/2024, mit der eben beschlossenen Änderung.

*Der Stadtrat möge beschließen, dass der Stadtrat der Einheitsgemeinde Tangerhütte sich zum Erhalt der Kindertageseinrichtung „Tangerwichtel“ in Demker bekennt. Der Bürgermeister wird daher beauftragt, schnellstmöglich ein Rettungskonzept zu entwickeln und umzusetzen.*

~~Zur Finanzierung dieses Konzeptes können die eingeplanten, aber nicht verwendeten Mittel der Produktkonten 1111\_5241100 und 1111\_5221200 nach BV 0089/2024 vom 25.09.2024 eingesetzt werden. Als Termin für die Wiedereröffnung der Kindertageseinrichtung wird der 15.01.2024 gefordert.~~

**Abstimmungsergebnis: 18x Ja, 3x Nein, 1x Enthaltung** => mit Änderung beschlossen

**TOP 20: Antrag WG Lüderitz, UWGSA, SPD, WG Altmark--Elbe, AFD, CDU/WG Zukunft  
Vorlage: BV 0169/2024**

**Frau Braun** möchte diesen Antrag, aufgrund des Antrages der AFD-Fraktion, ändern wollen, um eine klare Linie zu haben. Das Wort „zeitnah“ soll gestrichen werden. Dafür soll der 15.01.2025 eingefügt werden. Weiterhin sagt sie, dass die Konzepte der Einrichtungen nicht von außen vorge-schrieben werden können, da diese mit den Eltern, Kuratorien und dem zuständigen Landkreis ab-gestimmt sind. Sie unterstützt den Antrag der AfD-Fraktion, bezüglich des Eröffnungstermins der Einrichtung.

**Herr Jacob** findet es kontraproduktiv, wenn im SR alle zusammen einen Antrag stellen und dann kommt nochmal ein Extra-Antrag von der AFD-Fraktion. Er hat aber gehört, dass der Antrag der AFD-Fraktion schon vorher gestellt wurde, dass einiges erklärt, aber er bittet, in Zukunft, bei einem gemeinsamen Thema, einen gemeinsamen Antrag zu stellen. Deshalb passen wir unseren Antrag an und nehmen auch den 15.01.2025. Er möchte den Antrag konkretisieren, dass wir anstatt „wir bitten“ sagen, „wir fordern“ sagen. Wir verlangen eine namentliche Abstimmung und die Aufnahme seiner Äußerung ins Protokoll.

**Herr Dr. Dreihaupt** liest den ersten Absatz des gemeinsamen Antrages, mit der Änderung von Frau Braun vor und bittet um Abstimmung des ~~Änderungsantrages~~ von Frau Braun.

streichen: das Wort „zeitnah“

einfügen: Die Kita wird in Absprache mit den Eltern sofort (15.01.2025) wieder eröffnet.

**Abstimmung Änderungsantrag: 19x Ja, 3x Nein, 0x Enthaltung** => zugestimmt

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Antrages der Fraktionen WG Lüderitz, UWGSA, SPD, WG Altmark-Elbe, AFD und CDU-WG Zukunft, mit der eben beschlossenen Änderung

*Die Kita wird in Absprache mit den Eltern sofort (15.01.2025) geöffnet.*

*Der Bürgermeister wird beauftragt, die satzungsgemäße Funktionalität herzustellen und die Betreu-ungsverträge der Eltern zu erfüllen. In jeder Stadtratssitzung wird zukünftig der Bürgermeister über die Situation in Demker informiert.*

Dr. Frank Dreihaupt	Ja	Thomas Mildt	Ja
Andreas Brohm	Nein	Marco Radke	Ja
Edith Braun	Ja	Norman Rentner	Ja
Markus Fettback	Ja	Jan Rungweber	Ja
Michael Gruppe	Ja	Alexandra Schleef	Nein
Jürgen Hanff	Ja	Dr. Anita Schupet	Nein
Karsten Heinemann	Ja	Mathias Sprunk	Ja
Carsten Hintze	Ja	Dennis Weiß	Ja
Werner Jacob	Ja	Klaus Witaszak	Ja
Peter Jagolski	Ja	Lars Witaszak	Ja
Mario Merten	Ja	Alexander Wittwer	Ja

**Abstimmungsergebnis: 19x Ja, 3x Nein, 0x Enthaltung** => mit Änderung beschlossen

**TOP 21: Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 – 2033 - Vorlage: BV 0151/2024**

**Herr Dr. Dreihaupt** schlägt vor, jeden Antrag einzeln abstimmen zu lassen und er wird zu jedem Punkt den BM bitten, eine kurze Erklärung abzugeben. Falls jemand Einwände hat, soll derjenige sich melden.

**Herr Jagolski** fragt, macht es nicht Sinn diesen TOP zu vertagen, da der HH überarbeitungsbedürftig ist? Immerhin haben wir gestern den Beschluss gefasst, die Grundsteuern A und B zu senken, aber im HH stehen noch die alten Beträge.

**Herr Brohm** antwortet, er könnte zu den Anträgen Erklärungen abgeben und Aussagen darüber treffen, was es bedeutet, wenn man diese Entscheidung trifft.

**Herr Jacob** hatte im HA (Hauptausschuss) einen Antrag zur Beleuchtung im Park gestellt. Ist dieser Antrag mit eingeflossen?

**Herr Brohm** bestätigt das und sagt, dass der SR heute auch über die Änderungen aus der HA-Sitzung abstimmen muss. Deswegen hat der Vorsitzende eben beschlossen, alle Anträge einzeln durchzugehen und er kann bei jedem Antrag darüber informieren, was dieser für eine Verschlechterung der HH-Lage bedeutet. Dann würden wir einen geänderten HH beschließen und der SR weiß, dass es nicht mehr 1,8 Mio. € Defizit sind, sondern über 2 Mio. €.

**Herr Dr. Gruber** nimmt 19:40 Uhr an der Sitzung teil.

**Herr Dr. Dreihaupt** liest den Antrag des ORes Bellingingen zur Bewirtschaftung der Objekte vor.

**Herr Brohm** erläutert, das HKK (Haushaltskonsolidierungskonzept) geht bis 2033. Wir haben in den letzten 2 Jahren eine HH-Sperre bekommen, weil wir die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht darlegen konnten. Das Wesen dieses HH-Vorschlages ist, dass wir seit 3 Jahren zum ersten Mal wieder darstellen können, dass der HH 2028 kippt und wir mehr Erträge als Aufwendungen haben. Im KVG LSA stehen zwei Bedingungen, um positiv durchs Ziel zu laufen. Die eine heißt, wir müssen mehr einnehmen als ausgeben. Die zweite heißt, dass wir unter der genehmigungsfreien Grenze der KAB (Kommunalaufsichtsbehörde) für die Kassenkredite bleiben müssen. D.h., wir brauchen liquide Mittel. Diese werden wir, anhand des Vorschlages, noch nicht ganz erreichen. Bis gestern hat er die Hoffnung gehabt, dass das HKK erfolgreich genehmigungswürdig ist. Wenn man sich jetzt das HKK, mit den Anträgen, anschaut, weiß er nicht, ob das Aufsichtsbehörden auch noch so sehen. Unbenommen dessen, ist das ein freier Wille und das Kollegialorgan kann hier mit all seinem Wissen und seinen Wünschen umgehen und entscheiden. Fakt ist, mit den prognostizierten Mindereinnahmen, durch die gestern beschlossene Grundsteuersenkung, gehen wir aktuell von einem HH-Defizit von über 2,1 Mio. € für das kommende Jahr aus. In den Unterlagen stehen noch minus 1,8 Mio. €. Wir verschlechtern uns im HHK-Zeitraum bis 2033, um 2 Mio. €. Wenn mir jemand erklären will, dass ein anspruchsvolles HHK-Programm ist, in dem man bestimmte politische Entscheidungen, die nicht auf einer ökonomischen Vernunft berufen, entscheidend treffen kann, fehlt ihm dafür die Phantasie. Das ist aber nicht entscheidend. Er muss es dem SR nur einmal gesagt haben. Jetzt erklärt Herr Brohm, dass man in beiden Beschlüssen (BV 0151/2024, BV 0151/2024) diese Änderungsanträge einreichen muss. Der erste Antrag ist vom OR Bellingingen, Bewirtschaftung der Objekte. Hier hat der HA beschlossen, diesen Antrag in die Ortschaft Bellingingen zurückzuschieben, weil man nicht ganz verstanden hat, worum es geht. Es sind Mittel in der Höhe von 40 T € eingestellt. Im Budget sind über 40 % für Instandhaltungen drin und dürfen verwendet werden.

**Herr Fettback** hat den Antrag gestellt und betont, dass es keine intellektuelle Herausforderung ist, diesen zu verstehen. Der Vorschlag sieht vor, dass 40% der Einnahmen aus der Vermietung von Dorfgemeinschaftshäusern und ähnlichen Immobilien durch den OR investiert werden dürfen. Dies soll die Flexibilität erhöhen, um beispielsweise Geschirr nachzukaufen und den langen Verwaltungsweg zu verkürzen. Er hofft, dass die OBM (Ortsbürgermeister), die in einer ähnlichen Situation sind, das nachvollziehen können.

**Herr Radke** befürwortet als OBM Weißewarte den Antrag und verweist auf einen Investitionsstau, insbesondere im Dorfgemeinschaftshaus und in der Kegelbahn.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des *Antrages des ORes Bellingingen, Bewirtschaftung der Objekte*.

*Wir beantragen, dass ab 2025 alle Ortschaften, in denen sich Objekte wie Dorfgemeinschaftshäuser, Kegelbahnen oder ähnliches befinden, die an Dritten temporär vermietet werden, 40 % der Mieterträge für die Bewirtschaftung der Objekte verwenden dürfen. Über die Verwendung, wie Renovierung, Reparatur, Beschaffung oder Ersatzbeschaffung entscheidet der Ortschaftsrat.*

**Begründung:** *Eine gute Ausstattung und ein guter Zustand der Gebäude und der Einrichtung tragen wesentlich zur Attraktivität der Gebäude bei. Vor Ort können oft schnellere und passgenauere Lösungen umgesetzt werden. Diese Regelung soll die Einheitsgemeinde nicht aus ihrer Pflicht als Eigentümer entlassen, sondern darin unterstützen.*

**Abstimmung Antrag: 20x Ja, 0x Nein, 3x Enthaltung => zugestimmt**

**Herr Dr. Dreihaupt** liest den nächsten Antrag des ORes Bellingen vor.

**Herr Fettback** erklärt den Antrag, zur Einrichtung eines Spielplatzes in Bellingen, mit einem Investitionsvolumen von 50.000 €. Er kritisiert, dass ein früheres Projekt, aufgrund von HH-Sperren nicht umgesetzt wurde und fordert die EGem als Projektträger auf, das Projekt wieder aufzunehmen und Fördermittel zu beantragen.

**Herr Brohm** erklärt, dass die Maßnahme im nächsten Jahr nach HH-Beschluss dem Leader Management vorgestellt werden soll, wobei die Eigenmittel vom Verein Kinderträume beigesteuert werden sollen.

**Frau Schleef** äußert ihre Bedenken und fragt, ist das nicht so, dass bei Nichtgenehmigung des HH oder bei einer erneuten HH-Sperre die Verwaltung nicht in Vorleistung gehen kann?

**Herr Brohm** antwortet, dass die Liquidität eine Rolle spielt und eine Umsetzung des Spielplatzprojektes im nächsten Jahr technisch, aufgrund der Beantragung bei Leader, fraglich ist. Er empfiehlt, das Projekt einzureichen und dann schrittweise zu prüfen.

**Herr Jacob** appelliert, die Diskussion zu beschleunigen, da es sich um eine aufkommensneutrale Angelegenheit handelt. Fachliche Diskussionen brauchen wir heute nicht zu führen.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des *Antrages des ORes Bellingen, „Einrichtung eines Spielplatzes“*.

*Wir beantragen, die Einrichtung eines Spielplatzes auf dem Dorfplatz in Bellingen mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 50.000 € und beauftragen die Verwaltung einen entsprechenden Antrag bei Leader zu stellen. Gemäß der Aussage der Verantwortlichen von „Kinderträume“ ist der Eigenanteil für das Projekt weiterhin vorhanden. Die Verwaltung möge sich diesen vergewissern. Die Vorfinanzierung der Gesamtkosten soll die Einheitsgemeinde aufbringen und in den Haushalt 2025 einstellen.*

*Begründung: Den Kindern und Eltern in Bellingen fehlt ein zentraler Spielplatz als Treffpunkt und Ort der Betätigung. Nachdem das Projekt im Frühjahr 2024 planerisch und in den Absprachen mit dem Bürgermeister schon weit vorangeschritten war, konnte der Antrag bei Leader nicht erfolgen, da die Einheitsgemeinde die notwendigen Mittel nicht bereitstellen konnte. Wir haben nun die Planung wieder aufgenommen und hoffen auf positiven Bescheid der Einheitsgemeinde und auch von Leader in der neuen Förderperiode.*

**Abstimmung Antrag: 23x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung => zugestimmt**

**Herr Dr. Dreihaupt** liest den Antrag des ORes Lüderitz vor.

**Frau Braun** erklärt ihren Antrag, auf Wiedereinrichtung einer Stelle für Seniorenbetreuung in der Ortschaft Lüderitz, die seit 10 Jahren nicht mehr existiert. Sie argumentiert mit Gerechtigkeit und verweist auf die Jugendarbeit in anderen Ortschaften.

**Herr Brohm** erinnert sich an den letzten HA, in dem dieser Antrag geändert wurde. Danach hieß der Antrag, jede Ortschaft hat die Möglichkeit eine Seniorenbetreuung zu ermöglichen. Er gibt zu bedenken, dass dieser Wunsch Kosten in Höhe von 16.700 € verursachen würde und das Konzept inhaltlich nicht korrekt ist.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des *Antrages des ORes Lüderitz, Senioren- und Jugendbetreuung*.

*Die Ortschaft Lüderitz mit drei Ortsteilen beantragt eine Stelle für die Seniorenbetreuung, die seit 10 Jahren für uns gestrichen wurde. Dadurch wurden wir schlechter gestellt, als vor der Einheitsgemeindebildung.*

*Weiterhin beantragen wir eine Betreuungsstelle für die Jugendarbeit. Seit 2014 wurde das rein ehrenamtlich von mir geleistet. Analog zum Jugendtreff Bittkau und Tangerhütte möchten wir gleichgestellt werden.*

**Abstimmung Antrag: 18x Ja, 2x Nein, 5x Enthaltung => zugestimmt**

**Herr Dr. Dreihaupt** liest den Antrag der SPD vor.

**Herr Rentner** erklärt seinen Antrag. Die Wehrleitung hat sehr klar gemacht, dass für die Fw (Feuerwehr) die Mitgliederwerbung sehr wichtig ist, sowie die Kinder- und Jugendwehren.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des *Antrages der SPD-Fraktion, Einrichtung eines Budgets in Höhe von 10.000 € für die Feuerwehren der EGem zur Unterstützung der Arbeit bei der Mitgliederwerbung und für die Kinder- und Jugendwehren:*

*Der Stadtrat möge beschließen, dass finanzielle Mittel, die ggf. für eine Erhöhung der Entschädigungssatzung in den Haushalt aufgenommen worden wären, für die Arbeit der Feuerwehren, hin-*

*sichtlich sichtbarer und attraktiver Mitgliedergewinnung, sowie der Unterstützung der Ausbildung in den Kinder & Jugendwehren der Stadt, im Haushalt mit einem Budget in Höhe von 10.000 zur Verfügung gestellt werden.*

Begründung: *Nach Beratung und Vortrag durch die Wehrleitung wurde deutlich, dass die Erhöhung der Entschädigungssatzung der ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren als nicht zielführend für die Einsatzbereitschaft der Wehren und der Gewinnung neuer Mitglieder angesehen wird. Es braucht einsatzbereite, moderne Technik und gute räumliche Bedingungen für die Kameradinnen und Kameraden. Hierin sieht die Wehrleitung die Einheitsgemeinde auf einem guten Weg. Wünschenswert dagegen wären Mittel für eine offensivere Werbung von Mitgliedern, zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft, aber auch die inhaltlich interessant gestaltete Arbeit der Kinder- und Jugendwehren für Exkursionen, Ausbildung und auch Sommerlager. Gleichzeitig betont die Wehrleitung, dass die Arbeit der Kinder- und Jugendwehren auch ein wichtiger Teil der Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum ist.*

**Abstimmung Antrag: 23x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung => zugestimmt**

**Herr Dr. Dreihaupt** liest den nächsten Antrag der SPD-Fraktion vor.

**Herr Rentner** informiert als Antragsteller, dass der OBM Tangerhütte, Herr Borstell, ihn explizit darum gebeten hat, diesen Antrag zu stellen. Er erläutert die Notwendigkeit dieser Stelle, für die Pflege des Parks und anderer Grünanlagen, basierend auf einem Gespräch zwischen Herrn Borstell und dem BM sowie einer Beurteilung durch die Denkmalpflege. Diese hat dem Park einen bedauernden Zustand bescheinigt. Es wäre wichtig, für alle Parks eine Fachkraft zu haben. Er hat mit der Revierförsterei in Mahlpfuhl gesprochen, denn die Idee ist, den kleinen vorhandenen Eichenbestand als Saateichen zu verwerten.

**Herr Brohm** äußert Bedenken, hinsichtlich der Kosten und Prioritätensetzung, im Vergleich zu anderen Projekten, wie der Jugendarbeit. Er findet, an dieser Stelle ist die Wertigkeit falsch. Die Kosten hierfür sind ungefähr 53.000 €.

**Herr Jacob** spricht sich für den Antrag aus und betont die Verpflichtung, den Park für zukünftige Generationen zu erhalten. Er weist auf die Notwendigkeit hin, die finanziellen Mittel für die Instandhaltung des Parks bereitzustellen. Deshalb stimmt er den Antrag zu.

**Frau Braun** lehnt den Antrag ab und argumentiert, dass die EGem auf externe Fachkräfte zurückgreifen kann, anstatt eine neue Stelle zu schaffen. Sie kritisiert, die mangelnde Umsetzung von Nachpflanzungen und fordert, dass bestehende Beschlüsse eingehalten werden.

**Herr Hintze** schlägt vor, Mitarbeiter des Bauhofs durch Lehrgänge bei der SIKOSA zu qualifizieren, anstatt eine neue Stelle zu schaffen.

**Herr Rentner** stellt die Frage, wenn wir diese Fachkräfte haben, warum kam die Denkmalschutzbehörde zu diesem Votum, zum Zustand des Parks in Tangerhütte. Auch der Zustand des Parks in Grieben ist sehr schlecht. Falls dieser Antrag abgelehnt wird, hat er im nächsten Jahr wieder die Chance einen Antrag zu stellen.

**Herr Mildt** unterstützt den Antrag. Er erörtert die Bedeutung des Parks in Tangerhütte als touristischen Magnet und betont die Notwendigkeit, diesen nicht verwildern zu lassen, um die Sicherheit der Besucher zu gewährleisten und Veranstaltungen wie Pavillonkonzerte oder Parkfeste durchführen zu können. Er argumentiert, dass für die Pflege des nach einem bestimmten Muster angelegten englischen Garten eine Fachkraft erforderlich ist, da die Ausbildung eines Landschaftsgärtners nicht durch kurzfristige Weiterbildungen eines Bauhofsangestellten ersetzt werden kann. Er spricht sich klar für die Erhaltung der Stelle aus und vergleicht deren Sinnhaftigkeit mit einer Nachhaltigkeitsstelle für Namibia.

**Herr Grupe** vertritt die Meinung, dass der vorhandene Bauhof, insbesondere Herr Steller, der bereits Lehrgänge zur Parkpflege absolviert hat, ausreichend qualifiziert ist. Er fordert, dass der Bauhof mehr Zeit im Park verbringen soll, anstatt auf der Straße.

**Herr Dr. Gruber** schließt sich dem an und sagt, anstatt 60.000 € brutto im Jahr an Kosten zu erzeugen, gibt es hierfür Mitarbeiter des städtischen Bauhofs. Dann müssen eben entsprechende Schulungsmaßnahmen durchgeführt werden. Des Weiteren gibt es auch Fachfirmen, auf die man zurückgreifen kann. Im nächsten Jahr haben wir 25-jähriges Jubiläum Gartenträume e.V., in dem der Tangerhütter Park auch mit drin ist. Ihm würde interessieren, wie sich die Stadt Tangerhütte mit Gartenträume e.V. verständigt hat, um den Park in Ordnung zu bringen. Er wird dem Antrag nicht zustimmen, denn er sieht hier andere Lösungsmöglichkeiten.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Antrages der SPD-Fraktion, Einrichtung einer Stelle Landschaftsgärtner (m/w/d) im Bereich Bauhof.

Der Stadtrat beschließt, dass im Bereich Bauhof eine Stelle als Landschaftsgärtner in Vollzeit /Teilzeit zur Planung, Umsetzung und Anleitung bei der Pflege der Parks und Grünanlagen der Einheitsgemeinde geschaffen wird.

**Begründung:** Zur Unterstützung des Teams Bauhof und zur planmäßigen Pflege und Entwicklung unserer Grünanlagen und Parks sowie der Nachpflanzung von Bäumen sollten wir zielgerichtet Strategien unter Anleitung einer Fachkraft entwickeln. Nicht nur der Park in Tangerhütte als Gartentraumpark zur Markensäule des Landes Sachsen-Anhalt im Projekt „Parks und Gärten Sachsen-Anhalt“ gehörend braucht dringend Hilfe und klare Zuständigkeiten bezüglich der Pflege, um den Anforderungen eines englischen Landschaftsparkes gerecht zu werden, auch die Bäume, Parks und Grünanlagen der Ortschaften sollten eine ständige Aufsicht und Pflege bekommen.

Dabei kann eine Fachkraft die vor Ort befindlichen Arbeitskräfte, Beschäftigte in AGH's und auch freiwillige Helfer einbinden, beraten und anleiten. Wir sehen in der Anstellung einer entsprechenden Fachkraft auch Einsparpotenzial bei Leistungen externer Unternehmen.

**Abstimmung Antrag: 3x Ja, 14x Nein, 6x Enthaltung => nicht zugestimmt**

**Herr Dr. Dreihaupt** liest den Antrag der WG Altmark-Elbe vor.

**Herr Wittwer** begründet seinen Antrag mit zwei bereits existierenden, aber noch nicht umgesetzten SR-Beschlüssen und bittet um Unterstützung für die erneute Beantragung von Fördermitteln bei Leader.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Antrages der WG Altmark-Elbe, Wiederaufnahme des Projektes Jugendclub Grieben in die Haushaltsplanung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte.

Der Stadtrat möge beschließen, die Wiederaufnahme des Projektes Jugendclub Grieben in die Haushaltsplanung der Einheitsgemeinde. Die Verwaltung wird beauftragt im Jahr 2025 einen Antrag auf Förderung bei LEADER & CLLD in der Altmark-Elbe-Havel zu stellen.

**Begründung:** Das Vorhaben „Jugendclub Grieben“ wurde bereits mit der BV 281/2020 im Stadtrat einstimmig beschlossen. Mit Beschluss 537/2021 vom 21.07.2021 hat der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte der Maßnahme „Antrag auf Zuwendung RELE Richtlinie - Jugendclub Grieben“ ebenfalls mehrheitlich zugestimmt. Diese Beschlüsse wurden bisher nicht umgesetzt.

Die Ortschaft Grieben hat bereits 2020 einen Antrag bei LEADER gestellt und war mit dem Konzept auf dem 2. Platz der Prioritätenliste. Die Förderung betrug 75%, der Eigenanteil sollte aus Rücklagen der Ortschaft erbracht werden. Auf Anraten des Bürgermeisters wurde der Förderantrag zurückgezogen und sollte in 2021 mit einer 90% Förderung erneut eingereicht werden. Im Nachhinein stellte sich dies als Falsch heraus und der Antrag wurde nicht weiterverfolgt.

Der Förderaufruf LEADER & CLLD in der Altmark-Elbe-Havel im Förderjahr 2024 lässt eine Förderung für Maßnahmen im Bereich ELER „Teil ländliche Entwicklung“ von 75% für Kommunen erkennen. Die Maßnahme aus 2021 ist mit 60.000,00€ geplant. Der Eigenanteil in Höhe von 15.000,00€ kann anteilig über Rücklagen der Ortschaft unterstützt werden.

Die Schaffung eines festen Jugendclub im Nebengebäude der Grundschule Grieben steht dem eingereichten Konzept für die Jugendarbeit der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte ab 2025 nicht entgegen.

**Abstimmung Antrag: 21x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung => zugestimmt**

**Herr Dr. Dreihaupt** liest den Antrag der WG Lüderitz vor.

**Frau Braun** und **Herr Brohm** besprechen miteinander, dass dieser Antrag in der HA-Sitzung geändert wurde.

**Herr Brohm** liest den Antrag der WG Lüderitz, den der HA zugestimmt hat, vor. Dies kostet der EGem 20.000 €.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Antrages der WG Lüderitz, Freiwillige Aufgaben, Jobs in den Ortschaften.

Der Stadtrat beschließt, Seniorenbetreuung in jeder Ortschaft zuzulassen und stellt dafür bis zu 80 € im Monat zur Verfügung. Es soll geprüft werden, dies als Ehrenamtszuschale zu ermöglichen.

**Abstimmung Antrag: 19x Ja, 0x Nein, 4x Enthaltung => zugestimmt**

**Herr Dr. Dreihaupt** liest den nächsten Antrag der WG Lüderitz vor.

**Frau Braun** gibt an, Herr Brohm hat im HA gesagt, dass sie diesen vorsorglich für das HH-Jahr 2025 stellen soll, damit sie nicht auf dem Geld sitzen bleibt.

**Herr Brohm** möchte sich korrekt zitiert haben. Er hat im HA gesagt, „wenn ich sie wäre, würde ich Ihnen empfehlen, den Antrag für 2025 zu stellen.“ Wenn wir im nächsten Jahr nicht in der HH-Sperre sind, wüsste er nicht, was dagegen spricht, diesen Beschluss umzusetzen.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Antrages der WG Lüderitz, Erschließungsmaßnahmen für den Jugendklub Lüderitz.

*Der Stadtrat möge beschließen, dass die bereits im Haushalt 2024 beschlossenen Erschließungsmaßnahmen für den Jugendklub mit einem Zuschuss von 10000,-€, bisher aber nicht ausgezahlt, in den Haushalt 2025 wieder aufgenommen werden.*

**Abstimmung Antrag: 23x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung** => zugestimmt

**Herr Brohm** liest seinen Änderungsantrages aus der HA-Sitzung vor. Dieser Antrag wurde im HA abgelehnt, aber im HA wurden auch die Anträge der Ortschaften, digitale Hinweistafeln (Smileys), abgelehnt. Gestern haben wir wahr genommen, wir sind mehrheitlich dafür. Wenn wir dafür sind, müssen wir HH-Mittel einstellen und wenn der HH bestätigt und genehmigt ist, müssen wir uns überlegen, unter welchen Bedingungen wir welche digitalen Hinweistafeln (Smileys) umsetzen wollen.

**Herr Wittwer** äußert seine Verwunderung darüber, dass die Ortschaft Grieben bei den Anträgen nicht bedacht wurde, obwohl die Initiative für die digitalen Hinweistafeln (Smileys) von Grieben für die Grundschule Grieben kam. Er bittet um Zustimmung zum Antrag, damit auch an der Grundschule in Grieben eine digitale Hinweistafel (Smiley) installiert werden kann.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Antrages von Herrn Brohm, digitale Hinweistafel (Smiley)

*Der Stadtrat der Einheitsgemeinde budgetiert die digitalen Hinweistafeln vor den drei Grundschulen in der Einheitsgemeinde und stellt dafür bis zu 10.000 € in den Haushalt ein.*

**Abstimmung Antrag: 18x Ja, 4x Nein, 1x Enthaltung** => zugestimmt

**Herr Brohm** liest den Antrag von Herrn Grupe aus der HA-Sitzung vor.

**Herr Dr. Gruber** merkt an, dass das eine Landesstraße ist, die zwei Landkreise verbindet. Er hat sich beim LSBB als Straßenbaulastträger erkundigt, ob das in die Perspektivplanung bis 2040 eine Relevanz hat. Die klare Aussage war, nein, weil die Verkehrsbelastung nicht gegeben ist. Trotzdem hält er den Antrag, aufgrund der schlechten Radwegeinfrastruktur und der Verbindung zwischen den Ortschaften, für sinnvoll.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Antrages von Herrn Grupe, Aufnahme Radweg Burgstall-Uchtdorf.

*Für den Radweg Burgstall-Uchtdorf 15.000 € in den Haushalt einzustellen, mit Fördermittel und Eigenanteil der Einheitsgemeinde.*

**Abstimmung Antrag: 23x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung** => zugestimmt

**Herr Brohm** liest den Antrag von Herrn Jacob aus der HA-Sitzung vor.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Antrages von Herrn Jacob, Beleuchtung im Tangerhütter Park.

*Zum Parkfest sollen die Lampen, die notwendig sind, wiederhergestellt werden, um Ordnung und Sicherheit zu garantieren. Ein Budget von 5.000 € wird dafür festgesetzt*

**Abstimmung Antrag: 23x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung** => zugestimmt

**Herr Brohm** liest den Änderungsantrag von Herrn Dr. Gruber aus der HA-Sitzung vor.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Dr. Gruber, Maßnahme 89a, Veränderung der Freibadsaison.

*Die Freibadsaison soll vom 15.05. bis zum 15.09. eines Jahres in Kraft sein.*

**Abstimmung Änderung: 21x Ja, 0x Nein, 2x Enthaltung** => zugestimmt

**Frau Braun** liest den Antrag der Ortschaft Lüderitz vor, der am heutigen Tag in der Verwaltung eingegangen ist.

**Herr Brohm** weist Frau Braun darauf hin, dass wir gerade beschlossen haben, 10.000 € in den HH einzustellen und er hat gerade erläutert, wenn der HH bestätigt und genehmigt ist, können wir überlegen, idealerweise der BA (Bauausschuss), welche digitale Hinweistafeln (Smileys), unter welcher Beteiligung der Ortschaft umgesetzt werden. Dann kann dieser Antrag gestellt werden.

**Frau Braun** stellt ihren Antrag aber jetzt und hier. Sie hat gestern mit ihren Oren gesprochen und alle sind der Meinung, der Antrag muss heute noch gestellt werden. Es geht darum, die Sicherheit an der stark befahrenen L 30 zu erhöhen. Die L 30 ist die Zubringerstraße von Tangermünde zur Autobahn. Sie bittet, um Gleichstellung. Herr Brohm hat vorhin mit seinem Antrag, eine digitale Hinweistafel (Smiley) für die Grundschule Lüderitz beschlossen. Darum benötigt sie an der Grundschule Lüderitz nicht für beide Richtungen, sondern nur für eine Richtung eine digitale Hinweistafel. Deswegen benötigt sie nur noch drei digitale Hinweistafeln (Smileys), nicht mehr vier.

**Herr Brohm** erklärt Frau Braun nochmal seinen vorhin gestellten Antrag.

**Frau Braun** besteht darauf, über ihren Antrag abstimmen zu lassen.

**Herr Grupe** findet, man sollte das Smiley-Programm erst einmal auf Eis legen, nicht das hier jede Ortschaft kommt und auf einmal ein Smiley haben möchte. Die OBM der Ortschaften sollen erst einmal selbstständig nach Sponsoren für Smileys suchen.

**Frau Schleef** spricht sich für eine Prioritätenliste aus, wobei Schulen und Kitas Vorrang haben sollen.

**Herr L. Witaszak** weiß, dass Frau Braun schon einen Smiley vor der Kita hat und eben mit dem Antrag von Herrn Brohm noch einen Smiley für die Grundschule bekommt. Somit hat Lüderitz schon zwei Smileys. Damit hat Lüderitz schon mehr als die anderen Ortschaften. Deshalb kann er diesen Antrag nur ablehnen.

**Herr Dr. Gruber** kritisiert die Entscheidungsfindung. Gestern wurden hier ganz klare Beschlüsse gefasst. Wenn wir jetzt hier so diskutieren, dass wir einen Topf mit 10.000 € haben und dann wird per Lotto-Verfahren ausgesucht, wo kommt hier etwas hin, funktioniert das nicht. Das verstößt gegen Grundsätze der HH-Klarheit. Es gab gestern vier Beschlüsse für vier Ortschaften, die beschlossen wurden. Die Beschlüsse müssen auch so im HH umgesetzt werden. Da können wir nicht sagen, wir suchen nach einer Prioritätenliste, weil wir 10.000 € zur Verfügung haben. Jeder einzelne muss sich bewusst sein, was hier für Beschlüsse gefasst werden.

**Herr Jacob** schließt sich seinem Vorredner an. Wer will denn bestimmen, dass die Kinder, die an der Grundschule über die Straße gehen, mehr wert sind, als wenn in Mahlpfuhl z.B. ein Kind die Straße überqueren will. Er fordert, dass alle Kinder gleichermaßen geschützt werden sollen. Jetzt setzen wir erst einmal diesen Antrag um und alles andere wird sich dann finden.

**Herr Brohm** erläutert, dass eine fachliche Priorisierung auch bei anderen Projekten, wie Löschwasserbrunnen angewandt wird und dies auch für Smileys möglich sein sollte.

**Herr Dr. Gruber** widerspricht und verweist auf die Notwendigkeit, Beschlüsse korrekt im HH umzusetzen.

**Herr Jagolski** ist auf der gleichen Seite wie Herr Grupe und erinnert an den gestrigen Prüfauftrag, bzgl. des Einsatzes mobiler Blitzer.

**Herr Brohm** antwortet ohne Mikrofon, dass er dies gestern schon beantwortet hat.

**Herr L. Witaszak** stellt den *Geschäftsordnungsantrag, Ende der Rednerliste* und Abstimmung.

**Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: einstimmig Ja**

Vor der Abstimmung informierte **Herr Dr. Dreihaupt**, dass Herr Fettback noch auf der Rednerliste steht.

**Herr Fettback** kritisiert das Verhalten von Herrn Brohm und wirft ihm vor, Anträge und Beschlüsse selektiv zu behandeln.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Antrages des ORes Lüderitz, vier Smiley für die Ortschaft Lüderitz

*Entsprechend der Entscheidung des Stadtrates eine freiwillige Aufgabe, hinsichtlich der Anschaffung von Smileys in Ortschaften zuzulassen, stellt der Ortschaftsrat Lüderitz nachfolgenden Antrag für vier Smileys:*

*Für die Ortslage Groß Schwarzlosen an der L30 vor der Grundschule Lüderitz aus beiden Richtungen je 1 Smileys, also 2 für die Ortslage Lüderitz vor der Schulbushaltestelle Lüderitz, Tangermünder Straße = 1 Smileys.*

*Vor der Kita " Dorfspatzen " an der L 30 aus Richtung Stendal, = 1 Smiley*

**Abstimmung Antrag: 4x Ja, 12x Nein, 7x Enthaltung => nicht zugestimmt**

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um *Abstimmung der BV 0152/2024, mit den eben zugestimmten Anträgen.*

*Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.Juni 2014, in der jeweils*

*zuletzt geänderten Fassung die Haushaltssatzung § 100 und den Haushaltsplan § 101 der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Haushaltsjahr 2025 gemäß beiliegender Fassung.*

**Abstimmungsergebnis: 22x Ja, 1x Nein, 0x Enthaltung => mit Änderungen beschlossen**

## **TOP 22: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025 - Vorlage: BV 0152/2024**

**Herr Jagolski** fragt Herrn Dr. Dreihaupt, besteht die Möglichkeit einer Blockabstimmung?

**Abstimmung Blockabstimmung: mehrheitlich Ja**

**Herr Brohm** erläutert, wir werden jetzt einmal im Block alle Änderungsanträge wie im vorigen TOP beschließen und dann werden wir einen geänderten HH beschließen.

**Herr Jagolski** fragt, sind die geänderten Hebesätze von gestern eingearbeitet?

**Herr Brohm** antwortet, diese haben sie gestern beschlossen und das müssten wir dann jetzt ändern. Es müsste ein SR-Mitglied einen Änderungsantrag stellen.

**Herr Jacob** äußert, wenn gestern beschlossen wurde, dass wir die Hebesätze ändern, müssen wir das in unserem Beschluss berücksichtigen. Seiner Meinung ist das die Aufgabe der Verwaltung, in der Vorbereitung zur Sitzung. Der BM hat das entsprechend zu machen, wie der SR es beschlossen hat. Weil die Verwaltung es versäumt hat, stellt **Herr Jacob** den Antrag, unsere Hebesätze, wie gestern beschlossen, in diesem Beschluss mit einzubringen.

**Herr Brohm** folgert, der Antrag lautet, den Hebesatz der Grundsteuer A von 300 auf 250 und den Hebesatz der Grundsteuer B von 350 auf 300. Er macht die Anmerkung, damit verschlechtert sich, der Hebesatz Grundsteuer B auf 137.000 € (Vorschlag Verwaltung: 137.500 €) und Grundsteuer A auf 38.000 €. In der Summe verschlechtert sich das Ergebnis auf rund 180.000 €. Herr Brohm möchte ins Protokoll aufgenommen haben, „grob fahrlässig und ohne Grund verschlechtern wir uns. Wir haben über ganz viel Geld geredet, über die Einnahmen der EGem und er hat über die Liquidität, um 180.000 €, informiert, aufgrund dieses Änderungsantrages.“

**Herr Jacob** möchte zu Protokoll nehmen, „wir nehmen nur das hier auf, was wir gestern schon beschlossen hatten, ohne zu werten“. Als wir über das HKK gesprochen haben, hat Herr Brohm schon darüber gesprochen, dass sich unser HH in der und der Größenordnung verschlechtert hat und da war diese Summe schon dabei gewesen.

**Herr Hintze** erinnert daran, dass der SR gestern beschlossen hat, die Hebesätze im ersten Halbjahr 2025 anzupassen, um Einkommensverluste für die Gemeinde zu vermeiden.

**Frau Schleef** bestätigt, dass die Senkung der Hebesätze zu Einnahmeverlusten führen wird, was bereits am Vortag diskutiert wurde.

**Herr Brohm** schlägt vor, in diesem Änderungsantrag die Änderung noch zuzuführen, dass der SR, um die Einkommensneutralität sicher zu stellen, die Hebesätze dementsprechend auch im ersten Halbjahr 2025 anpasst. Er will sagen, wir senken jetzt und werden dann auf das entsprechende Maß anheben, so dass wir wieder bei 1 Mio. € Grundsteueraufkommen sein werden. Wenn wir diesen Zusatz mit in den Antrag nehmen, würde seinen Optimismus stärken, bei der KAB durchs Ziel zu laufen.

**Herr Dr. Gruber** hat gestern schon der Protokollantin gesagt, dass im Änderungsantrag festgehalten wird, dass der SR die EGem verpflichtet, im ersten Halbjahr 2025 aufkommensneutrale Anpassungen der Hebesätze vorzunehmen. Es ist unsere Verpflichtung, den Bürger nicht schlechter und die Kommunen nicht besser zu stellen, als vor der Grundsteuerreform. Wenn wir die Hebesätze jetzt so belassen und beschließen und es kommt raus, dass wir gegenüber 2024 mehr Einnahmen haben, müsste die Verwaltung sowieso neue Bescheide ausstellen. Er bittet darum, den Beschluss zum HH, mit den gesenkten Hebesätzen, zu fassen. Wie gestern schon fürs Protokoll formuliert, soll eine Überprüfung im ersten und zweiten Quartal 2025 durchgeführt werden, ob die Einnahmen ausreichen oder nicht.

**Herrn Brohm** wäre es lieb, wenn im Änderungsantrag steht, die EGem verpflichtet sich, im ersten Halbjahr 2025 die Hebesätze aufkommensneutral anzupassen.

**Herr Dr. Gruber** erinnert, erhöhen können wir bis zum 30.06.2025 und senken können wir bis zum 31.12.2025. Wenn die Verwaltung die Bescheide verschickt hat und die dementsprechenden Einnahmen generieren, kann die Verwaltung die Zahlen vorlegen, damit der SR reagieren kann.

**Herr Fettback** merkt an, bis die Bescheide versandt werden, gibt es einen Vorlauf, wo Herr Brohm eigentlich die Daten schon liefern könnte.

**Herr Brohm** äußert, die erste Einnahme ist der 15.02.2025.

**Herr Fettback** sagt, wir haben gestern beschlossen zu senken, damit wir genau das erreichen, was Herr Dr. Gruber gesagt hat und wir haben uns verpflichtet, dass zu überprüfen. In der Formulierung von Herrn Brohm steckt der kleine Haken, dass der SR in seiner Entscheidung ausgehebelt wird, wenn er jetzt schon beschließt. Dem können wir nicht zustimmen.

**Herr Jagolski** stellt den *Änderungsantrag, Ende der Rednerliste und abstimmen*.

**Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: einstimmig Ja**

**Herr Dr. Dreihaupt** hatte vor der Abstimmung informiert, dass Herr Brohm noch auf der Rednerliste steht.

**Herr Brohm** stellt den *Änderungsantrag, der Stadtrat beschließt in der Haushaltssatzung die Hebesätze, entsprechend wie gestern zu senken und wird aufkommensneutral im 1. Halbjahr 2025, bis zum 30.06., die Hebesätze wieder anpassen*. Das bedeutet, wir werden nicht mehr erheben, sondern genau das, was wir auch vorher hatten. Damit ist es genau das, was der SR wollte, dass wir nicht mehr Geld einnehmen, aber auf jeden Fall das Aufkommen gleich hoch halten, nämlich 1 Mio. € durch Grundsteuern. Das ist auch das, was Herr Dr. Gruber im Protokoll haben möchte und da wird auch eine KAB sehen, dass das eine gute Absicht vom SR ist und zwar, das Grundsteueraufkommen nicht abzusenken.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung des Änderungsantrages von Herrn Brohm

**Herr Jagolski** weist darauf hin, dass es zwei Änderungsanträge gibt.

**Herr Jacob** klärt über die Änderungsanträge auf und sagt, die Fraktion CDU-WG Zukunft hatte den ersten Änderungsantrag und über den ist jetzt abzustimmen.

**Herr Brohm** weist den Vorsitzenden darauf hin, dass über den weitestgehenden Antrag abzustimmen ist und das ist sein Antrag.

Für **Herrn Dr. Dreihaupt** ist Herr Brohm sein Antrag nicht der weitestgehende, sondern es sind beide Anträge gleich. Deshalb würde er die Abstimmung der Anträge der Reihenfolge, wie gestellt, vornehmen.

**Herr Dr. Gruber** formuliert seinen *Antrag noch einmal. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung, unter Berücksichtigung der gestern beschlossenen Hebesatzsenkungen für die Grundsteuern A und B, um 50 von 100*.

Als Protokollnotiz gibt er an, dass im HH-Jahr 2025, wenn die Bescheide ausgestellt worden sind, eine Darstellung der Verwaltung erhalten, ob eine Reaktion vorgeschlagen wird, die Hebesätze anzupassen, ja oder nein.

**Abstimmung Antrag: 19x Ja, 3x Nein, 1x Enthaltung** => zugestimmt

Mit dieser Abstimmung hat sich der Antrag von Herrn Brohm erledigt.

**Frau Dr. Schupet** verlässt 21:00 Uhr die Sitzung.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um eine *Blockabstimmung der zugestimmten Anträge der BV 0151/2024, HKK 2025-2033*.

**Abstimmungsergebnis: 22x Ja, 0x Nein, 0x Enthaltung**

Die eben beschlossenen Anträge lauten wie folgt:

Antrag OR Bellingen: Bewirtschaftung der Objekte

Wir beantragen, dass ab 2025 alle Ortschaften, in denen sich Objekte wie Dorfgemeinschaftshäuser, Kegelbahnen oder ähnliches befinden, die an Dritten temporär vermietet werden, 40 % der Mieterträge für die Bewirtschaftung der Objekte verwenden dürfen. Über die Verwendung, wie Renovierung, Reparatur, Beschaffung oder Ersatzbeschaffung entscheidet der Ortschaftsrat.

Begründung: Eine gute Ausstattung und ein guter Zustand der Gebäude und der Einrichtung tragen wesentlich zur Attraktivität der Gebäude bei. Vor Ort können oft schnellere und passgenauere Lösungen umgesetzt werden. Diese Regelung soll die Einheitsgemeinde nicht aus ihrer Pflicht als Eigentümer entlassen, sondern darin unterstützen.

Antrag OR Bellingen: Einrichtung eines Spielplatzes

Wir beantragen, die Einrichtung eines Spielplatzes auf dem Dorfplatz in Bellingen mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 50.000 € und beauftragen die Verwaltung einen entsprechenden Antrag bei Leader zu stellen. Gemäß der Aussage der Verantwortlichen von „Kinderträume“ ist der Eigenanteil für das Projekt weiterhin vorhanden. Die Verwaltung möge sich diesen vergewissern. Die Vorfinanzierung der Gesamtkosten soll die Einheitsgemeinde aufbringen und in den Haushalt 2025 einstellen.

Begründung: Den Kindern und Eltern in Bellingen fehlt ein zentraler Spielplatz als Treffpunkt und Ort der Betätigung. Nachdem das Projekt im Frühjahr 2024 planerisch und in den Absprachen mit dem Bürgermeister schon weit vorangeschritten war, konnte der Antrag bei Leader nicht erfolgen, da die Einheitsgemeinde die notwendigen Mittel nicht bereitstellen konnte. Wir haben nun die Planung wieder aufgenommen und hoffen auf positiven Bescheid der Einheitsgemeinde und auch von Leader in der neuen Förderperiode.

#### Antrag OR Lüderitz: Senioren- und Jugendbetreuung

Die Ortschaft Lüderitz mit drei Ortsteilen beantragt eine Stelle für die Seniorenbetreuung, die seit 10 Jahren für uns gestrichen wurde. Dadurch wurden wir schlechter gestellt, als vor der Einheitsgemeindegliederung.

Weiterhin beantragen wir eine Betreuungsstelle für die Jugendarbeit. Seit 2014 wurde das rein ehrenamtlich von mir geleistet. Analog zum Jugendtreff Bittkau und Tangerhütte möchten wir gleichgestellt werden.

#### Antrag SPD-Fraktion: Einrichtung eines Budgets in Höhe von 10.000 € für die Feuerwehren der EGem zur Unterstützung der Arbeit bei der Mitgliedergewinnung und für die Kinder- und Jugendwehren

Der Stadtrat möge beschließen, dass finanzielle Mittel, die ggf. für eine Erhöhung der Entschädigungssatzung in den Haushalt aufgenommen worden wären, für die Arbeit der Feuerwehren, hinsichtlich sichtbarer und attraktiver Mitgliedergewinnung, sowie der Unterstützung der Ausbildung in den Kinder & Jugendwehren der Stadt, im Haushalt mit einem Budget in Höhe von 10.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: Nach Beratung und Vortrag durch die Wehrleitung wurde deutlich, dass die Erhöhung der Entschädigungssatzung der ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren als nicht zielführend für die Einsatzbereitschaft der Wehren und der Gewinnung neuer Mitglieder angesehen wird. Es braucht einsatzbereite, moderne Technik und gute räumliche Bedingungen für die Kameradinnen und Kameraden. Hierin sieht die Wehrleitung die Einheitsgemeinde auf einem guten Weg. Wünschenswert dagegen wären Mittel für eine offensivere Werbung von Mitgliedern, zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft, aber auch die inhaltlich interessant gestaltete Arbeit der Kinder- und Jugendwehren für Exkursionen, Ausbildung und auch Sommerlager. Gleichzeitig betont die Wehrleitung, dass die Arbeit der Kinder- und Jugendwehren auch ein wichtiger Teil der Kinder- und Jugendarbeit im ländlichen Raum ist.

#### Antrag WG Altmark-Elbe: Wiederaufnahme des Projektes Jugendclub Grieben in die Haushaltsplanung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte

Der Stadtrat möge beschließen, die Wiederaufnahme des Projektes Jugendclub Grieben in die Haushaltsplanung der Einheitsgemeinde. Die Verwaltung wird beauftragt im Jahr 2025 einen Antrag auf Förderung bei LEADER & CLLD in der Altmark-Elbe-Havel zu stellen.

Begründung: Das Vorhaben „Jugendclub Grieben“ wurde bereits mit der BV 281/2020 im Stadtrat einstimmig beschlossen. Mit Beschluss 537/2021 vom 21.07.2021 hat der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte der Maßnahme „Antrag auf Zuwendung RELE Richtlinie - Jugendclub Grieben“ ebenfalls mehrheitlich zugestimmt. Diese Beschlüsse wurden bisher nicht umgesetzt.

Die Ortschaft Grieben hat bereits 2020 einen Antrag bei LEADER gestellt und war mit dem Konzept auf dem 2. Platz der Prioritätenliste. Die Förderung betrug 75%, der Eigenanteil sollte aus Rücklagen der Ortschaft erbracht werden. Auf Anraten des Bürgermeisters wurde der Förderantrag zurückgezogen und sollte in 2021 mit einer 90% Förderung erneut eingereicht werden. Im Nachhinein stellte sich dies als Falsch heraus und der Antrag wurde nicht weiterverfolgt.

Der Förderaufruf LEADER & CLLD in der Altmark-Elbe-Havel im Förderjahr 2024 lässt eine Förderung für Maßnahmen im Bereich ELER „Teil ländliche Entwicklung“ von 75% für Kommunen erkennen. Die Maßnahme aus 2021 ist mit 60.000,00€ geplant. Der Eigenanteil in Höhe von 15.000,00 € kann anteilig über Rücklagen der Ortschaft unterstützt werden. Die Schaffung eines festen Jugendclub im Nebengebäude der Grundschule Grieben steht dem eingereichten Konzept für die Jugendarbeit der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte ab 2025 nicht entgegen.

#### Antrag WG Lüderitz: Freiwillige Aufgaben, Jobs in den Ortschaften

Der Stadtrat beschließt, Seniorenbetreuung in jeder Ortschaft zuzulassen und stellt dafür bis zu 80 € im Monat zur Verfügung. Es soll geprüft werden, dies als Ehrenamtszuschuss zu ermöglichen.

Antrag WG Lüderitz: Erschließungsmaßnahmen für den Jugendklub Lüderitz

Der Stadtrat möge beschließen, dass die bereits im Haushalt 2024 beschlossenen Erschließungsmaßnahmen für den Jugendklub mit einem Zuschuss von 10000,-€, bisher aber nicht ausgezahlt, in den Haushalt 2025 wieder aufgenommen werden.

Antrag Herr Brohm: digitale Hinweistafel (Smiley)

Der Stadtrat der Einheitsgemeinde budgetiert die digitalen Hinweistafeln vor den drei Grundschulen in der Einheitsgemeinde und stellt dafür bis zu 10.000 € in den Haushalt ein.

Antrag Herr Grupe: Aufnahme Radweg Burgstall-Uchtdorf

Für den Radweg Burgstall-Uchtdorf 15.000 € in den Haushalt einzustellen, mit Fördermittel und Eigenanteil der Einheitsgemeinde.

Antrag Herr Jacob: Beleuchtung im Tangerhütter Park

Zum Parkfest sollen die Lampen, die notwendig sind, wiederhergestellt werden, um Ordnung und Sicherheit zu garantieren.

Änderungsantrag Herr Dr. Gruber: Maßnahme 89a, Veränderung der Freibadsaison

Die Freibadsaison soll vom 15.05. bis zum 15.09. eines Jahres in Kraft sein.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um *Abstimmung der BV 0152/2024, mit allen zugestimmten Anträgen.*

*Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt auf der Grundlage des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.Juni 2014, in der jeweils zuletzt geänderten Fassung die Haushaltssatzung § 100 und den Haushaltsplan § 101 der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte für das Haushaltsjahr 2025 gemäß beiliegender Fassung.*

**Abstimmungsergebnis: 22x Ja, 1x Nein, 0x Enthaltung** => mit Änderungen beschlossen

**TOP 23: Änderung der Anlage des Hausverwaltervertrages mit der Städtischen Wohnungsgesellschaft mbH zum 01.01.2025 - Vorlage: BV 0168/2024**

**Herr Brohm** erläutert, dass eine Anpassung des Vertrages notwendig ist, da eine Wohnung im Freibad nicht mehr vermietet werden soll.

**Frau Braun** erörtert die Problematik, bezüglich des Verwaltungsvertrags für kommunale Wohnungen und die dazugehörigen Anlagen. Sie stellt fest, dass fälschlicherweise das Objekt der Volkshochschule in der Anlage aufgeführt ist. Dieses Objekt ist keine kommunale Wohnung. Sie beantragt daher, die Volkshochschule aus der Anlage zu entfernen. Des Weiteren kritisiert sie, dass in der Vergangenheit Änderungen an den Anlagen vorgenommen wurden, die nicht durch den SR beschlossen wurden. Sie betont, dass die Überschüsse aus den Mieten nicht korrekt in die Investitionen der Wohnungen geflossen sind, was sich im Zustand der Wohnungen widerspiegelt.

**Herr Brohm** bemerkt, bei diesem Vertrag wurden Änderungen immer durch den SR beschlossen. Wie Frau Braun gerade feststellt, sind nicht alle Wohnobjekte, sondern auch Immobilien, die gewerblich genutzt und verpachtet werden. Alles, was in den Immobilien passiert, bezahlt die EGem, weil nämlich aus den Bewirtschaftungen Einnahmen erzielt werden, auch für das gewerblich genutzte Dorfgemeinschaftshaus. Irgendeiner muss die Arbeit machen, auch bei uns im Haus. Er wüsste nicht, warum wir dies unserer eigenen „Tochter“ wegnehmen sollen, obwohl sie das schon jahrelang betreut. Er sieht keinen Mehrwert darin, die Verwaltung der Objekte einer anderen Stelle zu übertragen.

**Frau Braun** vertritt den Standpunkt, dass die SWG mit diesem Vertrag überhaupt nichts zu tun hat. Es ist richtig, dass die Volkshochschule in den Vertrag der SWG gehört, aber nicht in den kommunalen Verwaltungsvertrag der Dörfer. Herr Brohm hat 2016/2017 diese Anlage mit den Immobilien verändert. Das ist kein SR-Beschluss gewesen und das haben wir im vorigen Jahr sehr kritisiert. Bereits vor der EGem-Bildung hat Herr Wetzig unsere kommunalen Einrichtungen und Wohnungen verwaltet. Die Überschüsse aus den Mieten werden dann für solche Objekte verwendet, anstatt lt. Mietrecht für die Investition der Wohnungen.

**Herr Grupe** würde gern zur Abstimmung kommen wollen.

**Herr Hintze** merkt an, dass die Korrektheit der Unterlagen zweifelhaft ist und gibt das Beispiel einer Immobilie in Demker, die verkauft wurde, aber immer noch in der Tabelle aufgeführt ist, an.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um *Abstimmung des Änderungsantrages* von Frau Braun.

*Herausnahme des Objektes Volkshochschule.*

**Abstimmung Änderungsantrag: 11x Ja, 4x Nein, 7x Enthaltung** => zugestimmt

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung der BV 0168/2024, mit der eben beschlossenen Änderung.

*Der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte beschließt die Änderung der Anlage zum Hausverwaltervertrag mit Beginn 01.01.2025.*

**Abstimmungsergebnis: 20x Ja, 1x Nein, 1x Enthaltung** => mit Änderung beschlossen

#### **TOP 24: Antrag der Fraktion CDU/WG Zukunft - Begründung eines Beamtenverhältnisses Vorlage: BV 0171/2024**

**Herr Dr. Gruber**, Antragsteller, informiert, dass sich der Antrag nicht auf die Personalangelegenheit, Einstellung einer Beamtin, den wir nachher im nichtöffentlichen Teil behandeln, sondern um die Position des höheren Dienstes, § 75 KVG LSA, bezieht. Laut KVG LSA muss ein Beamter bzw. eine juristische Fachkraft in der Verwaltung vorgehalten werden, wenn der HVB (Hauptverwaltungsbeamte) die Anforderungen nicht erfüllt. Er kritisiert, dass es derzeit keine Beamtenstelle gibt und verweist auf verschiedene Vorfälle, die auf fehlende juristische Expertise hindeuten. Dies hat er in der Kommunalaufsicht prüfen lassen, mit dem Ergebnis, die Anforderungen sind nicht erfüllt. Der HVB besitzt zwar das Abitur und ein Hochschulstudium, aber in den § 75 Abs. 2 Nr. 2 ist neben dem Hochschulabschluss als Berechtigter Zugang zur Universität. Als sonstige Voraussetzung sind drei weitere Punkte benannt. Punkt a) ist der mit der Laufbahnprüfung abgeschlossener Vorbereitungsdienst, d.h. Beamtenanwärterposition. Das liegt nicht vor. Punkt b) wäre ein mit Bachelorgrad oder gleichwertiger Abschluss eines abgeschlossenen Hochschulstudium, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Laufbahn erforderlich sind. Das wäre hier der innere Dienst /allgemeiner Verwaltungsdienst. Dafür ist in Sachsen-Anhalt ein Studium an der Fachhochschule Harz (Verwaltungsstudium bzw. des öffentlichen Management oder Politmanagement) erforderlich. Punkt c) ist der Abschluss einer hauptberuflichen Tätigkeit bzw. die erworbenen Laufbahnprüfung in Form eines abgeschlossenen Vorbereitungsdienstes. Das wäre dann ein Beschäftigtenlehrgang 2 (Ausbildung zum Verwaltungsfachwirt). Diese liegt auch nicht vor. Deshalb haben wir den Antrag eingebracht und bittet um Zustimmung, zum Antrag.

**Herr Brohm** entgegnet, dass die Gemeinde verpflichtet ist, die Beamtenstelle wieder zu besetzen und dass obliegt in der Verantwortung des SRes, gleich im nichtöffentlichen Teil. Insofern ist die Pflicht und Schuldigkeit getan. Er schlägt vor, die Angelegenheit erneut zu prüfen, da sie bisher keinen Einfluss auf den Stellenplan hatte. Er sieht keinen Zwang zur Einrichtung und verweist darauf, dass das Gesetz dies nicht vorschreibt.

**Herr Dr. Gruber** gibt an, es obliegt dem HVB in Widerspruch gegen einen SR-Beschluss zu gehen. Dann hätte die Kommunalaufsicht die Möglichkeit, das zu prüfen. Unsererseits wurde es geprüft und die Voraussetzungen sind nicht erfüllt. Er verweist darauf, dass die Stadt derzeit keine Beamtenstelle besitzt und dafür Strafen gegenüber dem KVSA zahlt. Er kritisiert den Versuch, durch die Hintertür eine Beamtenstelle einzurichten, und betont, dass die Voraussetzungen für die Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt, nicht erfüllt sind.

**Herr Jacob** fragt nach der Identität der Gruppe, die die Voraussetzungen als gegeben ansehen.

**Herr Brohm** antwortet, das Team aus der Verwaltung sieht das so.

**Herr Dr. Dreihaupt** bittet um Abstimmung der BV 0171/2024.

*Der Stadtrat beschließt, den Hauptverwaltungsbeamten zu beauftragen, schnellstmöglich der kommunalgesetzlichen Verpflichtung des § 75 KVG LSA nachzukommen und die Notwendigkeit bestimmter Fachkräfte innerhalb der Verwaltung abzusichern.*

**Abstimmungsergebnis: 17x Ja, 2x Nein, 3x Enthaltung** => mehrheitlich beschlossen

#### **TOP 25: Anfragen und Anregungen, Sonstiges**

**Herr Jagolski** berichtet, dass Herr Brohms gestrige Information über einen zusätzlichen Briefkasten in der Stadtmitte stimmt. Des Weiteren spricht er die Antwort zur Reinigung der Tischdecken an. Er glaubt nicht, dass dies 1.600 € kostet. Man könnte für die Sitzungstische wiederverwendbare Wachstuch Tischdecken kaufen.

**Herr K. Witaszak** bringt das Thema Smileys zur Sprache und regt an, diese turnusmäßig zu wechseln.

**Herr Brohm** findet die Idee gut und verweist auf den BA für die weitere Besprechung.

**Herr Radke** hat zwei Informationen aus Weißewarte. Er informiert, dass zum Thema Lichtpunkt im Weißewarter Wohngebiet das Licht wieder brennt. Es wurde ein Provisorium geschaffen, aber das läuft durch einen Vorgarten. Er bittet darum, dass das Provisorium im nächsten Jahr wieder entfernt wird. Es wird ein Messwagen angefordert und die Reparatur der Lampen. Weiterhin informiert Herr Radke, dass ihm auf der Jagdgenossenschaftsversammlung berichtet wurde, dass der Deich endgültig eingemessen wurde und zwar, von Tangerhütte kommend, links Parkstraße der Deich. Dort geht links eine vollbetonierte Straße hoch zum Tanger. Da hat sich herausgestellt, dass dort 3 Flurstücke gebildet wurden und, dass dieser Weg 1 km komplett im Eigentum der EGem Tangerhütte ist. Er bittet um ein Treffen, mit dem Gebäudemanagement, damit man sich diesen Abschnitt gemeinsam ansehen kann. Dieser Abschnitt wird jetzt Verlängerung der Parkstraße genannt. Wahrscheinlich wird das schon seit Anfang der 90iger Jahre im Eigentum der EGem sein (erst Weißewarte, dann EGem).

**Herr Wittwer** regt an, eine Vereinbarung mit dem Landkreis zu treffen, um die Bankette an kommunalen Straßen unserer EGem mähen zu lassen, um den Bauhof zu entlasten.

**Herr Dr. Gruber** spricht erneut die Smileys an und weist auf die Kosten für die Sondernutzung der Straßenbaulast (Landes- oder Kreisstraße) hin. Der Landkreis Stendal hat gute Mitarbeiter, die die Gebühren eintreiben, wie auch die Landesstraßenbaubehörde. Man muss sich bewusst sein, wenn wir die Smileys jede Woche einmal umstellen, bezahlen wir jedes Mal 200 € Sondernutzungsgebühr. Das sollte die Verwaltung mit beachten.

**Herr Jacob** merkt an, wir alle haben aus der Presse erfahren, dass in diesem Jahr in unserem Kulturhaus keine Silvesterparts stattfindet. Er erkundigt sich nach Initiativen der Verwaltung, bezüglich der Silvesterparty im Kulturhaus.

**Herr Brohm** antwortet, dass Bemühungen unternommen wurden, aber keine Lösung gefunden wurde.

**Frau Braun** spricht den Fahrradweg an der L 30 an. Vor einigen Jahren wurde im SR ein Beschluss gefasst, wie die Abarbeitung der Planung sich Schritt für Schritt vollziehen soll. Das fing mit Bellingen nach Demker an. Dann kam der der 2. Abschnitt, Hüselitz – Groß Schwarzlosen, dann Bellingen - Hüselitz und dann ging es weiter, nach Windberge oder Wittenmoor. Hier rührt sich nichts. Einer schiebt dem anderen die Schuld zu. Einmal sollten wir Planungsleistungen erbringen. Dazu waren wir, aufgrund von Personal- und Fachkräftemangel, nicht in der Lage. Daraufhin wurde es wieder dem LSSB (Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr) übergeben. Dort gab es auch personelle Engpässe und Probleme. Mittlerweile ist sie sich unsicher, über den aktuellen Beschlussstand und den Fortschritt der Baumaßnahme. Mit der Fertigstellung der A 14 sollte der straßenbegleitende Fahrradweg von Lüderitz bis Demker fertig sein. Sie fragt Herrn Brohm nach dem Stand.

**Herr Brohm** antwortet, dass die Frage bereits vor zwei Monaten gestellt und beantwortet wurde und verweist auf Mandatos für Details. Er bietet an, die Informationen erneut zur Verfügung zu stellen und betont, dass die Baumaßnahme nun beim LSBB liegt und somit von deren Zeitplan abhängig ist. Er erläutert, dass der LSBB nicht in Lüderitz, sondern in Tangermünde mit dem Bau beginnen wird und, dass der Fortschritt von dort abhängt.

**Frau Braun** gibt ihren Unmut kund.

**Herr Grupe** fragt nach Neuigkeiten bezüglich der Bewerber für den Wildpark Weißewarte.

**Herr Brohm** erklärt, dass das Thema in der nächsten Sitzung im nichtöffentlichen Teil besprochen wird.

**Herr Jagolski** spricht den Wechsel der Smileys und die damit verbundenen Kosten und die Sondernutzungssatzung an. Er fordert, dass die Verwaltung bis zum nächsten BA die Fragen zu den Folgekosten klärt.

**Herr Fettback** erkundigt sich nach dem Stand der Einrichtung einer E-Mail-Adresse für Anträge, die direkt an den SR-Vorsitzenden gehen sollen.

**Herr Brohm** versichert, dass die Verwaltung an einer Lösung arbeitet. In der nächsten HA-Sitzung wird er darüber berichten.

**Herr Sprunk** fragt nach dem aktuellen Stand, bezüglich des Insolvenzverfahrens gegen die Gesellschaft Wildpark Weißewarte und der Leerung des Parks.

**Herr Brohm** wird darüber im nichtöffentlichen Teil informieren.

**Herr Dr. Dreihaupt** beendet 21:35 Uhr den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

**Frau Schleef** verlässt die SR-Sitzung.

## Öffentlicher Teil

### **TOP 30: Wiederherstellung der Öffentlichkeit**

**Herr Dr. Dreihaupt** stellt die Öffentlichkeit wieder her.

### **TOP 31: Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse**

In der nichtöffentlichen Sitzung wurden keine Beschlüsse gefasst.

### **TOP 32: Schließung der Sitzung**

**Herr Dr. Dreihaupt** schließt 22:12 Uhr die SR-Sitzung.

Fertiggestellt am 04.02.2025